

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Budgets mit keinem Gedanken darauf Rücksicht genommen, daß die Renten der Kriegssopfer unzulänglich und unhaltbar geworden sind? Warum hat man nicht sofort vorgesorgt und schon im Herbst sich mit uns über die Auswirkung der Reform zu verständigen gesucht? Die Antwort ist sehr leicht: Weil erstens unsere Regierung und die höheren Beamten, welche das Budget aufstellen, **keine Ahnung haben, wie es den Kriegssopfern ergeht.** Weil keiner dieser edlen Herren gezwungen ist, auch nur eine Woche mit dem auszukommen, was ein 100prozentiger im Monat an Rente bekommt. Weil zweitens unsere Regierung es zum System gemacht hat, nur unter dem äußersten Druck etwas zuzugestehen, weil sie sich lieber in einen monatelangen Streit und Kampf mit den verschiedenen fordernden Gruppen der Bevölkerung einläßt, anstatt vorausschauend und mit sozialem Gefühl das Notwendige sofort zu tun. Das ist die ganz persönliche Einstellung unserer maßgebenden Regierungsmänner, das ist die Tendenz und Charakteristik unserer Bundesregierung: das Prestige immer in erster Linie! Mag die Erbitterung in der Zwischenzeit noch so anwachsen, mögen Hunderte und Tausende qualvollen Hunger leiden, Hauptsache ist und bleibt, man habe sich nicht zwingen lassen. Was soll man sich auch vor den Kriegssopfern fürchten? Lebenswichtige Betriebe können sie ja nicht zum Stillstand bringen, moralische und sittliche Beweggründe kommen aber wohl für die Regierung nicht in Betracht.

Aber der tiefste und letzte Grund, gleichzeitig die beste Ausrede für die Regierung, ist an dem Herrn Generalkommissär des Völkerbundes, in dem System, welches er in Oesterreich darstellt und verkörpert, gelegen: Die Sanierung! Der Wiederaufbau! Die Abmachungen von Genf! Die sind es, welche einer wirklichen Reform der Kriegssopferversorgung im Wege stehen. Seit die Vereinbarungen von Genf unterschrieben wurden, sind es neben den Staatsbeamten die Kriegssopfer, welche mit Hunger und Elend die Rechnung bezahlen sollen. Bei ihnen soll gewart werden, das Staatsbudget soll unbedingt in Ordnung kommen. Es soll und darf nach der Meinung des Herrn Generalkommissärs keine Krone für soziale Zwecke mehr ausgegeben werden als im Jahre 1922. Im Gegenteil, die Ausgaben sollen um 10, um 20 Prozent oder noch mehr eingeschränkt werden. Wenn die Kriegssopfer mehr Rente brauchen und sei es auch nur um 900 K monatlich für 45prozentige Invalide, um 30.000 K für ein Waisenkind, möge die Gesamterhöhung auch nur 80 Milliarden oder 25 Prozent des bisherigen Erfordernisses betragen, wir haben kein Geld für sie, wenn sie etwas brauchen, sollen sie von ihrem Eigentum verkaufen.

Vom Abbau der Invalidenämter, die wir auf dem Lande so notwendig brauchen, und der Einschränkung des Personalstandes der Invalidenentschädigungskommissionen, verbunden mit der Brotlosmachung vieler schwerbeschädigter Kameraden, welche glaubten, als kümmerlich bezahlte Bundesangestellte wenigstens eine bescheidene Existenz gefunden zu haben, über die brutale Auflösung der Invalidenheime und den Hinauswurf kranker Kriegsinvaliden aus den Heilstätten, bis zu der Schmach dieser Zwangslage unser Eigentum hingeben zu müssen, um einen Bettel an Rentenerhöhung zu erhalten, ist die Wiederaufbaupolitik gegen uns gerichtet, lebt und tobt sich der Sanierungsgedanke auf unsere Kosten aus.

Da der Herr Generalkommissär mitverantwortlich ist für die Art und Weise, wie Oesterreich saniert wird, so muß er es sich nun auch gefallen lassen, wenn sich einmal die Kriegssopfer mit ihm auseinandersetzen.

Diese Auseinandersetzung kann sehr kurz sein, aber sie soll an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Was wir österreichischen Kriegssopfer vom Herrn Generalkommissär und vom Völkerbund wollen, das sind nicht

etwa seine Kredite, die jetzt scheinbar zum größten Teile dazu verwendet werden, um gewissenlose Spekulanten und Börsenjobber über Wasser zu halten. Wir brauchen auch nicht Ihr Wohlwollen, Herr Generalkommissär, es liegt uns nichts daran, ob Sie in Ihren Berichten sich günstig oder ungünstig über uns äußern. An uns, den ehemaligen, jetzt verstümmelten, Kämpfern liegt nicht die Schuld, daß Sie hier sind. Wir haben Sie nicht gerufen. Wir haben, als die Genfer Protokolle bekannt wurden, als wir sahen, daß die Hälfte der Abbaumaßregeln unsere Einrichtungen, unsere Institutionen, unsere Fürsorge treffen wollen, als uns klar geworden war, daß es gegen uns gehen soll, leidenschaftlich gegen den Gedanken von Genf protestiert. Wir haben den Vereinbarungen nie zugestimmt, deshalb erkennen wir auch Ihre Mission, Ihr Amt, Ihre Stellung nicht an. Wir kommen nicht zu Ihnen wie gewisse Patrioten aus industriellen und anderen Kreisen, um Ihre Einwirkung in diesem oder jenem Sinne auf österreichische Regierungshandlungen zu erbetteln, im Gegenteil, die ganze Art und Weise, wie Oesterreich saniert und wiederaufgebaut werden soll, die ganze Geschichte der Behandlung unserer Forderungen durch die Regierung, insbesondere die Zwangslagen mit dem Güterverkauf, zwingt uns Kriegssopfer, Ihnen gegenüber zu der Erklärung: **Daß wir uns jede Einwirkung und jede Einmischung Ihrerseits in Dinge, die uns betreffen, energisch und entschiedenst ein für allemal verbieten!** Wir sind gewöhnt, unsere Rechte zu fordern, und wenn notwendig, zu erkämpfen und werden uns dabei auch durch Ihre Anwesenheit und durch Ihre Aufgabe nicht abhalten lassen.

Das scheint Ihnen wohl eine stolze Sprache? Gewiß, wir sind uns auch klar, daß wir die Ärmsten und die Elendesten unter allen Oesterreichern sind, daß es auf den ersten Blick scheint, als ob es auf uns gar nicht ankäme. Wohl, wir sind nur zweihunderttausend organisierte Kriegssopfer in ganz Oesterreich, davon siebzigtausend in Wien und Umgebung. Aber gerade aus unserem Elend, aus unserer Notlage, erwächst uns eine um so größere Entschlossenheit, bis zum äußersten zu gehen, weil wir bei unseren Kämpfen immer nur ein Stück Brot mehr erringen, aber nichts zu verlieren haben. Sie werden wohl in den nächsten Wochen Gelegenheit haben, unseren Aufmarsch zu sehen, wenn nicht die Regierung noch im letzten Augenblick einlenkt. Wir stehen auch nicht allein auf der Welt. Wir sind auf Leben und Tod durch unsere internationale Vereinigung verknüpft und verbunden mit unseren Leidensgenossen, ehemaligen Verbündeten und Gegnern aus Deutschland, Tschechoslowakei, Italien, Polen, Frankreich, Amerika und selbst aus England; gewiß nicht immer mit der größten Organisation dieser Länder, stets aber mit der entschlossensten und kampffreudigsten. Wir können also mit Fug und Recht annehmen, daß, wenn es darauf ankäme, wir auch über Ihren Kopf hinweg mit dem Völkerbund und den übrigen Weltfaktoren reden könnten.

Selbstverständlich gibt es auch in Oesterreich viele, die uns nicht im Stiche lassen werden. Die ganze klassenbewußte Arbeiterschaft wird im äußersten Notfall unser nicht vergessen. Wir glauben also, gar so aussichtslos würde unsere Stellung nicht sein, wenn wir einmal gezwungen wären, einen Kampf mit Ihnen aufzunehmen.

Vorläufig wollen wir mit diesen Zeilen unsere Visitenkarte bei Ihnen abgegeben haben und wollen gerne hoffen, daß Sie weder direkt noch indirekt, weder geheim noch offen unsere Auseinandersetzung mit der österreichischen Regierung bezüglich unserer finanziellen Forderungen stören werden. Ihr Ziel ist, nach dem Wortlaut des Genfer Vertrages und nach allen offiziellen Rundgebungen, Oesterreichs Wiederaufbau, die Sanierung der Staats- und Volkswirtschaft. Wie stünde es aber mit diesen schönen Dingen, wenn wir nicht vier Jahre hin-